

Kampfbund zur Befreiung der Arbeiterklasse
Schriftenreihe der Proletarischen Vereinigung Österreichs
(1950-1973)

Einführung

von Manfred Scharinger

Der folgende Text erschien in der Nummer 23 der Kleinen Schriftenreihe der österreichischen Arbeiter/innen/ge- schichte und wurde für die Einführung hier nur unwesentlich verändert.

Kampfbund zur Befreiung der Arbeiterklasse / Proletarische Vereinigung Österreichs

Der *Kampfbund zur Befreiung der Arbeiterklasse* war die traditionell stärkste linksoppositionelle Gruppe in der Zwischenkriegszeit. Unmittelbar nach der Niederlage des Februar 1934 gegründet, konnte er sich auf die Kader der österreichischen Linksopposition, aber auch auf von der Verratspolitik der Sozialdemokratie, die in die Niederlage des 12. Februar geführt hatte, enttäuschte Sozialist/inn/en stützen. Insbesondere unter Mitgliedern des *Republikanischen Schutzbundes*, der 1934 verbotenen Wehrorganisation der Sozialdemokratie, konnte sich der *Kampfbund* auf eine recht solide Anhängerschaft stützen.

Der Niedergang des *Kampfbundes* begann, als von Josef Frey, dem historischen Führer der österreichischen Linksopposition, Ende 1937 die *kombinierte Kriegstaktik* entwickelt wurde. Bis dahin war der *Kampfbund* vom revolutionären Defaitismus in *allen* imperialistischen Ländern ausgegangen, in *allen* Ländern sollten die proletarischen Revolutionäre auf den Sturz der kapitalistischen Herrschaft hinarbeiten. Als prinzipiell zulässig wurde eine zeitweilige Kooperation der Sowjetunion mit kapitalistischen Staaten erklärt, ebenso die Ausnutzung der Gegensätze der Imperialist/inn/en. Die klare Festlegung im Sinne des revolutionären Defaitismus lautete – was 1937/1938 noch wichtig werden sollte:

*"Gegen die Politik des Burgfriedens, der Landesverteidi-
gung in allen kapitalistischen Ländern – Für die Vertei-
digung der proletarischen Vaterlandes, für die Vertei-
digung der Sowjetmacht als proletarischer Macht durch
das aktive Kampfbündnis der Arbeiter der ganzen Welt!
Vorwärts zum revolutionären Sturz der Herrschaft der
Bourgeoisie in allen kapitalistischen Ländern! Vorwärts
zur Errichtung der Diktatur des Proletariats in allen ka-
pitalistischen Ländern! Vorwärts zur internationalen*

*proletarischen Revolution! Vorwärts zu den Vereinigten
Sowjetstaaten Europas! Vorwärts zum die Erde umspan-
nenden Weltbund der Sowjetrepubliken! Vorwärts zum
Weltkommunismus! Schluss mit der Sozialdemokratie!
Schluss mit dem Stalinismus! Schluss mit den zwei Ver-
ratsinternationalen und ihren Parteien! Gegen die sozial-
demokratisch-stalinsche Schwindeleinheitsfront,
Schwindeleinheit! Vorwärts zur proletarischen Einheits-
front, zur proletarischen Einheit! Vorwärts zur proleta-
rischen Klassenpartei! Vorwärts zur Vierten Internatio-
nale!"¹*

Damit bewegte sich der *Kampfbund* eindeutig im Rahmen revolutionärer Prinzipien – auch die Einschränkung, dass die Revolutionäre zum Beispiel Waffentransporte aus imperialistischen Ländern für Sowjetrussland gerade im Kriegsfall nicht behindern würden,² stand damit nicht im Widerspruch.

Ende 1937 aber begann Frey die Politik des revolutionären Defaitismus zu "modifizieren": Im vom *Kampfbund* als unmittelbar bevorstehend vorausgesagten Krieg sollte in allen mit der Sowjetunion verbündeten imperialistischen Ländern mit der Waffe in der Hand gegen die Feinde der Sowjetunion gekämpft werden. Das Ziel sollte nach wie vor die Umwandlung des Krieges in einen Bürger/innen/krieg sein, auch die politische Kritik an der heimischen Bourgeoisie sollte nicht aufgegeben werden. Aber trotzdem sollten die Proletarier/innen bewusst mit der Waffe in der Hand gegen die Feinde der UdSSR kämpfen. Frey legte damit die trotzkistische Taktik aus dem spanischen Bürgerkrieg – Kritik an der Volksfront, aber Kampf in den Reihen der republikanischen Truppen – auf den imperialistischen Zweiten Weltkrieg um. Der *Kampfbund* geriet damit in Widerspruch zur Politik des

¹ Kampfbund... (Hrg.): Gegen den imperialistischen Krieg!, S.37; Hervorhebungen im Original.

² ebenda, S.8

revolutionären Defaitismus. Während gegen Ende 1937 der *Kampfbund* in der Kriegsfrage auf opportunistische Positionen überging, gelang es ihm, in einer Reihe anderer Fragen eine im Wesentlichen korrekte Linie beizubehalten und weiterzuentwickeln. So kapitulierte der *Kampfbund* – um nur ein Beispiel breiter auszuführen – nicht wie die KPÖ vor dem Österreich-Patriotismus. Er gab nach dem Anschluss Österreichs ans Deutsche Reich die Lösung aus: "Für Sowjetgroßdeutschland! Für die vereinigten Sowjetstaaten von Europa!"

Ergebnis der Übernahme der *kombinierten Kriegstaktik* war eine schwere Krise des *Kampfbundes*, die zum fort schreitenden Zerfall führte. Organisatorisch vereinigten sich Mitte 1941 große Teile des *Kampfbundes* mit den von Franz Modlik geführten *Proletarischen Internationalisten*, die Positionen Freys zur Kriegstaktik wurden bei dieser Vereinigung aufgegeben.

Der sogenannte *Rest-Kampfbund*, in dem die treuesten Anhänger/innen Freys auch nach dem August 1941 zurückblieben und an der *kombinierten Kriegstaktik* festhielten, existierte ab diesem Zeitpunkt kaum mehr als interventionsfähige politische Organisation. Er hatte seine meisten und wichtigsten Mitglieder verloren und war darüber hinaus besonders stark von Einberufungen zur Wehrmacht betroffen. Nach dem August 1941, als die Leitung die Aufgabe der *Kombinierten Kriegstaktik* und die Vereinigung mit den *Proletarischen Internationalisten* bekanntgab, wurde keine illegale Zeitung mehr publiziert. Trotzdem gelang es dem (*Rest-*) *Kampfbund*, den Kaderstamm weitgehend intakt zu halten. Als zur Zeit der ersten Konferenz der *Internationalen Kommunisten Österreichs* (IKÖ) 1946 die (wenig später gescheiterte) Vereinigung des *Kampfbundes* mit der IKÖ, der offiziellen Sektion der IV. Internationale, vollzogen wurde, brachte der *Kampfbund* immerhin acht Mitglieder, acht Kandidat/inn/en, 3 Sympathisant/inn/en und einen "*Propagandafall*" in die gemeinsame Organisation ein, von denen der größere Teil bereits 1941 zum KB gehört hatte.

Bereits im Jahr darauf war die Vereinigung gescheitert, wobei Frey von seinem Schweizer Exil auch Regie geführt haben darf: Herbst 1947 traten die wenigen, am engsten mit Frey verbundenen Genoss/inn/en aus der IKÖ aus, kritisierten nun die *vorschnell vollzogene Vereinigung* von 1946 und begannen in enger Anlehnung an Josef Frey, was unter anderem auch die Wiederaufnahme der *kombinierten Kriegstaktik* bedeutete, mit der *Reorganisation des Kampfbundes* und einer eigenständigen organisatorischen Existenz.

Hier ist nicht der Ort, bis in alle Details die Geschichte des *Kampfbundes* nach der *Reorganisation* von 1947 bis in die 1970er Jahre nachzuzeichnen – wir haben das bereits an anderer Stelle ausführlich dargelegt.³ Wir wollen hier lediglich die entscheidenden Stationen aufzeigen und uns anschließend auf die Analyse der abgedruckten Dokumente konzentrieren. Im Wesentlichen stützen wir uns hierbei auf die ausführliche Darstellung in Band 2

von Marxismus 33, *Österreichischer Trotzkismus* von Eric Wegner

Als sich der *Kampfbund* 1947 von der IKÖ trennte, verfügte er über ein knappes Dutzend Mitglieder. Die Jahre darauf – bis etwa 1952/1953 – waren von einer langsamem Konsolidierung, verbunden mit leichten personellen Zuwächsen geprägt. 1949 waren im *Kampfbund* 15 Mitglieder und drei Kandidat/inn/en organisiert, 1952 bereits 23 Mitglieder und sieben Kandidat/inn/en. Sozial war der *Kampfbund* recht ähnlich wie die IKÖ zusammengesetzt: Überwiegend bestanden beide Organisationen aus Arbeiter/inne/n, dazu kamen einige ehemalige Arbeiter/innen, die nun bei der Gemeinde Wien beschäftigt waren. Die meisten Genoss/inn/en waren zwischen 35 und 40 Jahre alt, jüngere gab es nur wenige. Etwa 20 Prozent der *Kampfbund*-Mitglieder waren Frauen.

Politisch war die Gruppe weitgehend von Josef Frey, der seit 1938 im Schweizer Exil lebte, abhängig. Die Situation verbesserte sich Anfang der 1950er Jahre mit dem Gewinn von Franz Holba, der zu einer Art politischer Führer im Inland wurde, deutlich.⁴ Die politische Dominanz Freys blieb aber weiter bestehen.

Dezember 1949 begann der *Kampfbund* mit der Herausgabe der Monatszeitung *Arbeiterblatt*, die – wenn auch die Frequenz vor allem ab Mitte der 1960er Jahre zurückging – bis 1973 in der Illegalität erschien. Die ersten beiden Nummern wurden als *Organ des Kampfbundes zur Befreiung der Arbeiterklasse* bezeichnet, im Februar 1950 begann die Zählung aber erneut mit Nummer 1 – diesmal wurde als Herausgeberin die *Proletarische Vereinigung Österreichs* (PVÖ) genannt. Die Intention war es sicherlich gewesen, die PVÖ zu einer Vorfeldstruktur aufzubauen. Letztlich aber blieb die PVÖ der Tarnname des *Kampfbundes* und bestand praktisch nur aus Kampfbündler/inne/n. Das nun von der PVÖ herausgegebene *Arbeiterblatt* hatte meist vier bis zehn Seiten, wurde in einer relativ kleinen Auflage hergestellt und praktisch ausschließlich in *Kampfbund/PVÖ* und im näheren Umfeld, also unter Mitgliedern, Kandidat/inn/en, Sympathisant/inn/en und Propagandafällen vertrieben. Wenn es kritischen Arbeiter/inne/n zugespielt wurde, ergab sich das Problem, dass diese kaum darauf reagieren hätten können, da sie ja nicht wussten, durch wen sie diese Zeitung überhaupt bekommen hatten.

Über Jahre konzentrierten sich *Kampfbund/PVÖ* auf die individuelle *Außenpropaganda*. Betriebliche Interventionen waren spärlich, eine systematische politische Arbeit in der Sozialdemokratie in Form von Entrismus wurde abgelehnt, auch Fraktionsarbeit wurde nicht betrieben. Aktionen wie ein *Offener Brief an die oppositionellen Genossen in der SP und SJ*, der sich 1951 an die Hindels-Opposition richtete, blieben die Ausnahme.

Parallel mit der politischen Konsolidierung und Stabilisierung des österreichischen Nachkriegskapitalismus begann ab 1952 ein personeller Niedergang des *Kampfbundes*. Bis 1957 ging die Mitgliedschaft wieder auf zwölf

³ Wegner, Eric: Die Entwicklung des *Kampfbundes* von 1947 bis 1975. – in: Manfred Scharinger und Eric Wegner: *Österreichischer Trotzkismus*. Band 2. Vom Ende des Zweiten Weltkriegs bis heute. – Marxismus 33, Wien 2012, S.131ff.

⁴ Zu Josef Holba siehe: Scharinger, Manfred: Interview mit Franz Holba. – in: Scharinger / Wegner, *Österreichischer Trotzkismus*, Band 2, a.a.O., S.387ff.

Genoss/inn/en (plus 4 Kandidat/inn/en) zurück. Die Isolation, in der sich revolutionäre Gruppen schon aufgrund der Illegalität während der Besatzungszeit befanden, wurde durch den wirtschaftlichen Aufschwung nun politisch weiter verstärkt. Das galt natürlich besonders für eine Gruppe wie den *Kampfbund*, der auch in der internationalen revolutionären Bewegung weitgehend isoliert war. Der organisatorische Niedergang schlug sich im Abbruch der Betreuung von Kontakten nieder, die Orientierungskrise verschärfte sich durch den Ausstieg tragender Genoss/inn/en und 1957 durch den Tod von Josef Frey.

Schon vor dem Ende der Besatzungszeit 1955 wurde im *Kampfbund* schon ein Übergang zur Legalität diskutiert. Dazu jedoch kam es aus mehreren Gründen nicht: Erstens hatte Frey 1954 dafür ziemlich hohe Vorbedingungen gestellt: Abgesehen von der Gefahr durch die Besetzung durch die vier Mächte sei, um sich als legale Gruppierung nicht lächerlich zu machen, nicht nur eine stärkere und bessere Organisierung notwendig, sondern auch ein regelmäßiges Wochenblatt. Zum anderen aber stand einem Übergang zu einer legalen Existenz das politische Charakteristikum des *Kampfbundes* entgegen – seine Einschätzung des Zweiten Weltkriegs. Für den *Kampfbund* war dieser noch nicht zu Ende gegangen, *eher früher als später* würde der heiße Schlussakt des Zweiten imperialistischen Weltkriegs ausgekämpft werden – und da sei es wenig sinnvoll, gerade in dieser Phase, in der der Krieg *eher früher als später* zurückkehren werde, den Übergang zur Legalität zu vollziehen.

Andererseits aber wurde ab 1956 die Grundlage für eine spätere Konsolidierung gelegt. Die verbliebenen Genoss/inn/en, die bereit waren, die extreme Isolation auf sich zu nehmen, begannen ab 1956 mit der Herausgabe des *Kurses*, der mehrere hunderte Seiten langen Schulungsbroschüren von Frey. Ursprünglich sollte die Schweizer Sektion in Kooperation mit Frey diese Aufgabe übernehmen, als Frey sich jedoch Mitte der 1950er Jahre von den Schweizer Genoss/inn/en trennte, waren sie nicht mehr bereit, dieses Vorhaben zu unterstützen. In der Folge fiel diese Aufgabe den Kampfbündler/in-ne/n selbst zu, was zwar viel Arbeit, aber auch eine politische Festigung mit sich brachte.

Die Trennung von der Schweizer Sektion MAS hatte aber auch noch eine andere Konsequenz: Die *Marxistische Aktion der Schweiz* (MAS) hatte sich bei der Spaltung der Vierten Internationale Anfang 1953 in *Internationales Sekretariat* (IS) um Pablo und Mandel und *Internationales Komitee* (IK) um Healy, Lambert und die US-amerikanische SWP an die Seite des IK gestellt.

Während sich auf die *Internationalen Kommunisten Österreichs* (IKÖ) die Spaltung nicht auswirkte und die österreichische Sektion der Vierten Internationale geschlossen auf Seiten des IS verblieb, hatte die Spaltung auf den *Kampfbund* gravierende Auswirkungen. Ausgangs- und Angelpunkt war das Verhältnis von Frey zur Schweizer Sektion MAS; durch ihre Beteiligung am IK sah nun Frey Möglichkeiten für eine internationale Neugruppierung der *prinzipienfesten* Trotzkist/inn/en. Letztlich aber kam es zu keiner Integration des *Kampfbundes*

in das IK. Dem standen Positionen entgegen wie etwa die der französischen Sektion um Lambert, die die *Volksdemokratien* (korrekter als der *Kampfbund*) als nicht-kapitalistische Gesellschaften, als *degenerierte Arbeiterstaaten*, einschätzten, und insgesamt bewegte sich das IK nicht zu auf die Positionen des *Kampfbundes*, die auch im trotzkistischen Spektrum teilweise – zum Beispiel was die KKT betraf – recht "exklusiv" waren. Im Gegenteil: Die zunehmenden Konflikte zwischen Frey und der Schweizer Sektion endeten in einem Abbruch der Kooperation – und damit auch in einem Bruch Freys mit dem *Internationalen Komitee*. Durch die Trennung Freys von der Schweizer Sektion und den schließlich Tod Freys 1957 fiel für den *Kampfbund* die Verbindung zur internationalen trotzkistischen Strömung fort – der *Kampfbund* geriet in eine komplette Isolation, die erst in den 1970er Jahren (durch die Aufgabe der eigenen Organisation) aufgebrochen werden konnte.

Erstaunlicher Weise gelang dem *Kampfbund* jedoch ab der zweiten Hälfte der 1950er Jahre eine politische und personelle Stabilisierung, allerdings auf einer ganz spezifischen politischen und personellen Basis: Nach dem Verlust von Frey, der zentralen Identifikationsfigur, waren diejenigen Genoss/inn/en übrig geblieben, die bereit waren, auch unter den Bedingungen des kapitalistischen Booms, eines weit verbreiteten antikommunistischen Konsenses und in weitgehender politischer Isolation weiterzumachen und die entsprechenden Entbehrungen auf sich zu nehmen. Da trotz des Endes der alliierten Besatzung 1955 weiter von einer nahenden tiefen Krise des Imperialismus ausgegangen wurde und deshalb der *Kampfbund* weiter in der Illegalität verblieb – und da diese Linie zu diesem Zeitpunkt von niemandem in der Organisation in Frage gestellt wurde –, beraubte man sich weiterhin der Möglichkeiten des Eindringens in die legale (reale) Arbeiter/innen/bewegung.

Dass es überhaupt gelang, zu überleben und schließlich sogar sich zu konsolidieren, lag im wesentlichen an zwei Faktoren: Erstens an der *Wende nach innen*: Nachdem sich Frey Mitte der 1950er Jahre mit der Schweizer MAS zerstritten hatte, war der *Kampfbund* nun, wie bereits erwähnt, gezwungen, den *Kurs* selbst herauszugeben. Diese Arbeit, die für die geschwächte Gruppe eine enorme Belastung darstellte, war gleichzeitig mit einer politischen Beschäftigung mit den darin enthaltenen Fragen verbunden. Während diese Tätigkeit so gut wie keine Wirkung nach außen zeigte, führte sie zu einer politischen Festigung der verbliebenen Genoss/inn/en und stellte damit die Grundlage für zukünftige Fortschritte im Gruppenaufbau.⁵

Zweitens gelang es seit Mitte der 1950er Jahre aber auch, aus Sportvereinen und aus dem persönlichen Umfeld einige Jugendliche für den *Kampfbund* zu gewinnen. Einige von ihnen wurden Kandidat/inn/en und traten um 1958/59 dem *Kampfbund* bei, wodurch die Mitgliedschaft von 1957 bis 1959 wieder von zwölf auf 17 anstieg.⁶ Ab Anfang der 1960er Jahre konnten dann einige jugendliche Kontakte für die Gruppe interessiert werden,

⁵ Wegner, a.a.O., S.154; die Angaben in den folgenden Abschnitten fußen im Wesentlichen auf diesem Artikel.

⁶ Angaben nach Aufzeichnungen von Günter Schneider.

was zum Aufbau eines politischen Umfeldes im Jugendbereich führte. Schließlich organisierte der *Kampfbund* zwei Jugendzellen, begann einige Jahre später das Projekt eines legalen "Jugendklubs" und von 1972 bis 1974 mit der Herausgabe der von den Jugendlichen getragenen Zeitung *Arbeiterstandpunkt*. Während anfänglich die Mitgliedschaft konstant blieb und lediglich das Umfeld größer wurde, wirkte sich die Entwicklung 1964/65 auch auf die Mitgliederzahl aus, die nun auf 22 anstieg.⁷

Mit den Erfolgen in der Jugendarbeit ergaben sich aber bereits ab den frühen 1960er Jahren verstärkte interne Konflikte. Die von den Jüngeren angestrebte etwas breitere Jugendarbeit, vor allem das Projekt eines legalen Jugendklubs, war kaum vereinbar mit den strenger Konspirationsvorstellungen der Älteren. Der *Arbeiterstandpunkt* bekam unter diesen Vorzeichen dann auch Elemente eines Gegenprojektes zum *Arbeiterblatt*. Aus der Jugendorganisation entwickelte sich in der Tendenz so etwas wie eine Parallelorganisation, deren Aktivitäten von der alten Führung skeptisch beobachtet wurden. Als schließlich 1965 der Vater eines durch die Jugendarbeit gewonnenen Studenten der noch immer in völliger Illegalität agierenden Gruppe mit der Denunziation an die Polizei drohte, führte das nicht nur zum Verlust des Studenten, sondern auch zu einer panischen Reaktion des *Kampfbundes* und in der Folge zu einer ernsten inneren Krise. Der so genannte *Fall X* war der Anlass für den Ausbruch der angestauten *Kampfbund*-internen Widersprüche und bedeutete eine Erschütterung, die bis 1967 eine Desorganisation des Organisationslebens und eine Paralysierung der politischen Arbeit zur Folge hatte.⁸

Mit der *Reorganisation* 1967 begann eine erneute Konsolidierung. In die Leitung wurden jüngere Genoss/inne/en aufgenommen, gleichzeitig wurden die älteren Genoss/inne/en auch in den Zellen, wo mit einer intensiveren Schulung begonnen wurde, entlastet. Nicht ausbaufähige Kontakte wurden abgebrochen, um sich nicht zu sehr zu belasten. Ergebnis war eine vorläufige Konsolidierung, die ab 1968 auch wieder eine etwas stärkere Außenpropaganda erlaubte. Was allerdings nicht gelang, war die Stabilisierung neuer Kontakte, was bereits um 1968 wieder zu einer Verschärfung der Konflikte zwischen alten und jungen Leitungsmitgliedern führte: Die alte Führung bezog frontal gegen die Student/inn/enbewegung von 1968 Stellung, für einige der Jüngeren war diese jedoch eine Chance, Kontakte aufzubauen und die Isolation aufzubrechen.

Von jungen Kampfbündler/inne/n wurde nun ein Kellerlokal für Jugendliche eingerichtet. Zwischen 1968 und 1971 wurden einige Jugendliche gewonnen, wodurch der *Kampfbund* an Kandidat/inn/en zulegte und Kontakte gewann. Gleichzeitig jedoch ging die Mitgliedschaft im gleichen Zeitraum von 20 auf 15 zurück, ebenfalls konnte der Erscheinungsrhythmus des *Arbeiterblattes* nicht gehalten werden, sodass ab 1969 nur noch etwa vier Nummern pro Jahr erschienen.

1971 erreichten die *Kampfbund*-internen Konflikte dann einen ersten Höhepunkt: Die jugendlichen Kampfbünd-

ler/innen kamen – neben anderen Gruppen – auch in Kontakt mit der *Gruppe Internationale* (GI), einem halben Dutzend Genoss/inn/en um Wilhelm Diefenbach und Marianne Fischer, die in der Folge in den ersten Jahren der *Internationalen Kommunistischen Liga* (IKL) dann eine tragende Rolle spielen sollten. Die Jungen im *Kampfbund* strebten schließlich eine Fusion mit dieser Gruppe an, die älteren Mitglieder standen dem skeptisch bis ablehnend gegenüber.

Die Differenzen wurden nun zusehends mit persönlichen Konflikten vermischt. Nachdem sich Holba, der den Jungen kein positives Konzept mehr entgegensetzen konnte, bereits im Februar 1973 aus der Leitung und aus sonstigen Funktionen zurückgezogen hatte, traten im Sommer 1973 vier der verbliebenen älteren Genoss/inn/en aus dem *Kampfbund* aus, was nichts anderes als Spaltung bedeutete. Holba und die drei anderen ausgetretenen Genoss/inn/en bildeten eine lose und sehr clandestine Gruppe, die weiterhin ihrer Gesinnung treu blieb, aber nicht mehr als politische Organisation in Erscheinung trat.⁹

Die Abspaltung, die auch von einigen Kandidat/inn/en mitvollzogen wurde, bedeutete für die verbliebenen Genoss/inn/en zwar eine Schwächung, andererseits ermöglichte sie nun ernsthafte Fusionsgespräche mit der *Gruppe Internationale* bzw. seiner Nachfolgegruppe *Spartacus Wien*. Dieser Um- und Neuorientierungsprozess mündete schließlich in die Gründung der IKL ein, an der sich 1976 dann auch noch mehrere andere Tendenzen und Strömungen beteiligten.

Während dieser Fusionsgespräche zog Günter Schneider Bilanz über den *Kampfbund* und fasste dabei dessen Schwächen in folgenden Punkten zusammen:

1. Lange Zeit wurde das Schulungsmaterial von Melt [Josef Frey] als fast ausschließliche Literatur verwendet. So nützlich dieses Werk bei zweckmäßigem Gebrauch auch sein mag, es ist kein Ersatz für rev. Literatur.
2. Unsere Org wartete immer auf den Aufschwung der Arbeiterklasse, nutzte aber nicht genügend die Möglichkeiten, die sich im linken Studentenmilieu ergaben.
3. Unsere Org lauschte wie gebannt auf die österr Arbeiter, beschäftigte sich aber viel zu wenig mit den internationalen Arbeiterkämpfen (zB jetzt in Portugal). Viel zu wenig Studium der aktuellen Schriften der Arbeiterbewegung.
4. Ungenügendes Verhältnis zwischen Theorie und Praxis, zwischen der Kräfteaufteilung für Innenschulung und Aussenprop.
5. Zunehmende Abneigung in der Öffentlichkeit pol zu arbeiten. Die Kunst¹⁰ diente als Vorwand für mangelnde Bereitschaft und wurde sehr weit übertrieben (Zusammenhang mit Fehleinschätzung der Weltlage). Der Marsch durch die Wüste¹¹ hatte dabei auch wesentlichen Einfluss."

Dazu kamen eine sehr starke Überschätzung der eigenen Klarheit, ein unkritischer und unhistorischer Zugang zu Texten vor allem zur Weltlage und zur Schlussphase des 2. Weltkrieges, ein insgesamt ungenügender Zugang zu

⁷ Wegner, a.a.O., S.155

⁸ ebenda, S.156f.

⁹ ebenda, S.159

¹⁰ „Kunst“ steht hier als Code-Wort für „Konspiration“.

¹¹ „Marsch durch die Wüste“ steht für „Illegalität“.

revolutionärer Literatur, einem sektiererischen Verhältnis zu anderen Organisationen, eine Verengung der Themen im Propagandaorgan auf den *Verrat* von SP und KP mit stereotyp wiederkehrenden Formulierungen. Weitere Kritikpunkte waren die oft jahrelange Fernhaltung von *Kursanten* und *Kandidaten* und die Abschottung der Leitung von der Organisation, der Rückgang der Bereitschaft zur politischen Arbeit und das Fehlen einer gemeinsamen Einschätzung der Perspektive, sowohl politisch als auch organisatorisch.¹²

In unserer Geschichte des österreichischen Trotzkismus bewertete Eric Wegner diese Einschätzung folgendermaßen: Sie bezog sich zwar sicherlich im Besonderen auf die letzten zehn Jahre der Existenz des *Kampfbundes*, war aber nichtsdestotrotz in vielen Punkten für den *Kampfbund* generell äußerst treffend. In der Zeit von Ende der 1940er bis Ende der 1960er Jahre, in den Jahrzehnten des kapitalistischen Booms, des Wirtschaftswunders, des Kalten Krieges, des Antikommunismus und der relativen Stabilität der stalinistischen Herrschaft, standen die Revolutionäre mit dem Rücken zur Wand – in Österreich aufgrund seiner spezifischen Lage zwischen den Blöcken, der Sozialpartner/innen/schaft, der Dominanz der Sozialdemokratie in der Arbeiter/innen/bewegung und des geringen Ausmaßes an Klassenkämpfen nach 1945 in besonderer Weise.

Während die IKÖ in dieser katastrophalen Situation – um eine völlige Isolation zu vermeiden – auf eine Orientierung auf die sozialdemokratische Arbeiter/innen/-bewegung setzte, sich dieser politisch anpasste und schließlich zu großen Teilen in ihr aufging, wählte der *Kampfbund* die sektiererische Abschottung von der real existierenden Arbeiter/innen/bewegung – um genau jene politische Anpassung zu verhindern. Was in diesem Fall das kleinere Übel darstellte und ob in dieser Zeit revolutionäre Politik überhaupt möglich war, ohne in eine der beiden Seiten abzugleiten, ist schwer zu beantworten.¹³

Abschließend wollen wir hier noch die abschließende Einschätzung des *Kampfbundes* in den Grundzügen wiedergeben, wie sie Wegner in unserem *Österreichischen Trotzkismus* formulierte. In kurzen Worten wird hier unsere Position zur *Kampfbund*-Tradition zusammengefasst.¹⁴

Wenn man die politisch-programmatischen Positionen der Spaltung als entscheidende Kriterien betrachtet, dann spricht das ziemlich eindeutig für die IKÖ. Der politische Spaltungsgrund war die so genannte *Kombinierte Kriegstaktik* Freys, die eine Art Opportunismus gegenüber dem Stalinismus und letztlich auch gegenüber dem demokratischen Imperialismus ausdrückte und gegen die die IKÖ den revolutionären Defätsismus der 4. Internationale verteidigte.

In späteren Fragen, zum Beispiel zur DDR 1953 oder zu Ungarn 1956, sah es ähnlich aus: Während sich der *Kampfbund* in seiner Propaganda in steriler und ultimativistischer Weise gegen die dortigen Bewegungen stellte, versuchte die IKÖ, an ihnen taktisch anzuknüpfen – mit

in der Grundlinie mehr oder weniger richtigen Positionen. Während die IKÖ richtig erkannte, dass in den späten 1940er in den osteuropäischen Ländern mit der Anpassung der ökonomischen, sozialen und politischen Strukturen an die der Sowjetunion bürokratisch deformierte/degenerierte Arbeiter/innen/staaten entstanden waren, verschlossen Frey und der Kampfbund mit ihrer formelhaften "Orthodoxie" die Augen vor der Realität. Die Anpassung der Führung der 4. Internationale an den Titoismus wurde von der IKÖ-Mehrheit und dem *Kampfbund* in ähnlicher Weise kritisiert.

Was das konkrete Agieren in der heimischen Arbeiter/innen/klasse und -bewegung betrifft, so spricht das ebenfalls eher für die IKÖ, vor allem dann, wenn man – wie beide Gruppen in diesen Jahrzehnten – von einer baldigen rasanten Zuspitzung der Krise des Kapitalismus und der Klassenkampfsituation ausgeht. Während sich der *Kampfbund* völlig abschottete und zu einer Intervention in reale Klassenkämpfe sowohl organisatorisch und mentalitätsmäßig als auch politisch wohl kaum in der Lage gewesen wäre, hat die IKÖ immerhin versucht, auf ein bestimmtes Milieu (sozialdemokratische Arbeiter/innen und Betriebsräte/-rättinen) Einfluss zu nehmen. Sie konnte damit nicht nur einige kleinere Erfolge erzielen (zum Beispiel Interventionen beim Schuharbeiter/innen/streik 1948 oder bei der SP-Betriebsrätekonferenz 1954), sondern wäre bei einer tatsächlichen Radikalisierung der Arbeiter/innen/klasse wohl auch deutlich besser positioniert gewesen (nicht nur wegen der lange Zeit deutlich größeren Mitgliederanzahl im Vergleich zum *Kampfbund*).

Dieser Versuch der Einflussnahme auf das sozialdemokratische proletarische Milieu war angesichts des boomenden Kapitalismus und der daraus resultierenden Hegemonie des Reformismus in der Arbeiter/innen/-klasse letztendlich nicht von Erfolg gekrönt. Er dürfte aber, auch wenn es unter dem Druck dieses Milieus zu manchen politischen Anpassungen und letztlich zum Aufgehen von großen Teilen der IKÖ darin führte, (unter der Prämisse einer Klassenkampfzuspitzung in jedem Fall) der sinnvollere Weg als die perspektivlose Sackgasse des *Kampfbundes* in die völlige Isolierung gewesen sein.

Aber hat nicht der *Kampfbund* als politische Strömung zumindest überlebt, während die IKÖ in den 1960er Jahren zerfallen ist? Ist es dem *Kampfbund* nicht wenigstens gelungen, bis Anfang der 1970er Jahre eine politische Kontinuität aufrechtzuerhalten und diese schließlich in der IKL fortzusetzen? Auch eine solche Argumentationslinie dürfte nicht haltbar sein: Erstens haben auch Teile der IKÖ-Mitgliedschaft weiterhin eine revolutionäre Tätigkeit weitergeführt – einerseits die Gruppe um die Zeitung *Arbeiterkampf* unter der Führung von Franz Modlik bis in die 1980er Jahre, andererseits einige Genoss/inn/en um Heinrich Thomas, der an der Gründung der *Gruppe Revolutionäre Marxisten* (GRM) beteiligt war und der bis nach der Jahrtausendwende aktiv war.

Zweitens und vor allem stellt die Überführung eines Teil der *Kampfbund*-Mitgliedschaft in die Mitte der 1970er

¹² Günter (d.i. Günter Schneider): *Zur Entwicklung unserer Organisation*, 31.8.1975

¹³ Wegner, a.a.O., S.161

¹⁴ ebenda, S.161f.

Jahre gegründete IKL aber keine Fortsetzung der Tradition des Kampfbundes dar, sondern im Gegenteil einen Bruch mit dessen sterilen und anachronistischen Organisationsmethoden und in vielen Fragen auch mit dessen politischen Positionen. Erst dieser Bruch mit der Tradition des *Kampfbundes*, der unter der Führung Günter Schneiders und unter dem Einfluss der *Gruppe Internationale* stattfand, eröffnete für einen Teil der Mitgliedschaft eine neue politische Perspektive. Diejenigen, die sich der Kritik und der neuen Linie Schneiders nicht anschlossen, die an der bisherigen Ausrichtung des *Kampfbundes* festhielten und in diesem Sinn dessen Tradition verkörperten, setzten den Weg ins politische Nichts fort. Insgesamt erscheint eine politisch-organisatorische Kontinuität vom *Kampfbund* zur IKL doch eher konstruiert. Alles in allem sind wir also der Ansicht, dass die IKÖ in vielen Fragen mit ihrer Ausrichtung richtiger gelegen ist als der *Kampfbund*, was aber keineswegs bedeutet, dass alle Positionen und Einschätzungen der IKÖ richtig gewesen wären. Die wesentlichste politisch-theoretische

Schwäche des österreichischen Trotzkismus, die er mit der 4. Internationale und großen Teilen der radikalen Linken teilte, dass er nämlich nicht zu einer richtigen Einschätzung der Substanz des Imperialismus und der Perspektiven des Klassenkampfes in der Lage war, konnte dabei weder die IKÖ (oder IKÖ/Opposition) noch der *Kampfbund* überwinden.

Fest steht aber, dass die Genoss/inn/en des *Kampfbundes* (ebenso wie die der IKÖ) unter oft schwierigsten Bedingungen unendlich viel Zeit, Energie und Engagement aufbrachten, um in Österreich eine revolutionäre Tradition aufrechtzuerhalten, um die Grundlagen für den Aufbau einer revolutionären Partei in späteren Klassenkämpfen zu schaffen. Fest steht, dass die Genoss/inn/en des *Kampfbundes* (ebenso wie die der IKÖ) trotz verschiedenster politischer Schwächen und Fehler überzeugte Revolutionäre waren, die den ganzen Respekt der heutigen Generation von Trotzkist/inn/en verdienen.

Schriftenreihe der Proletarischen Vereinigung Österreichs Übersicht

- Nr. 1 ... Alle müssen opfern [1950]
- Nr. 2 Wohin führen sie? [1950]
- Nr. 3 Haben die Arbeiter die Partei, die sie brauchen? [1950/1951]
- Nr. 4 Die Arbeiter und die Gewerkschaft. [1951]
- Nr. 5 Die Schuld der S.P. und K.P. (1951)
- Nr. 6 Was müssen die Arbeiter heute von der kapitalistischen Ausbeutung ganz besonders verstehen! (1953)
- Nr. 7 Wohin führt der kalte Krieg? (1953)
- Nr. 8 Die Grundursachen, Grundtendenzen der kapitalistischen Wirtschaft – sind sie überholt? (1954)
- Nr. 9 Die Notwendigkeit der politischen Führung (1954)
- Nr. 10 "Volksdemokratien" Jugoslavien, China (1952/1956)
- Nr. 11 Zur heutigen Wahlaktik (1960)
- Nr. 12 75 Jahre S.P.Ö. (1964)
- Nr. 13 Leo Trotzki: Die Gewerkschaften in der Epoche des totalitären Monopolkapitalismus [ca. 1972/1973]

Zu den Texten

Im zweiten Teil der Einführung wollen wir hier nun auf die einzelnen Texte eingehen und die für deren Verständnis notwendigen Hintergrundinformationen liefern. Die

Texte sind chronologisch nach dem Erscheinungszeitpunkt der einzelnen Ausgaben der *Schriftenreihe der Proletarischen Vereinigung Österreichs* aufgeführt.

Nr. 1 ... Alle müssen opfern [1950]

Die erste Broschüre der neuen *Schriftenreihe der Proletarischen Vereinigung Österreichs* mit dem Titel ... *Alle müssen opfern* trug zwar keine Jahreszahl, wurde aber offensichtlich 1950 publiziert – jedenfalls wird noch die *Arbeiter-Zeitung* der SPÖ vom 15. April 1950 zitiert. Ebenso fehlen Angaben zur Autor/innen/schaft, der Text ist nicht unterzeichnet. Es liegt allerdings nahe, dass die Broschüre von Josef Frey geschrieben wurde: So werden neben der *Arbeiter-Zeitung* auch zwei Schweizer Zeitungen zitiert – die *Berner Tagwacht*, ein sozialdemokratisches Organ, und die *Neue Zürcher Zeitung* –, also Zeitungen jenes Landes, in dem sich Josef Frey seit 1938 im Exil befand.

Ziel der Broschüre war eine Auseinandersetzung mit der Wiederaufbau-Philosophie der Sozialdemokratie, der Gewerkschaftsbürokratie und der "Kremlpartei", der KPÖ. Entlarvt wird der reformistische Mythos, *alle* müssten zum Wiederaufbau Österreichs beitragen. Aber während die Bourgeoisie die Gewinne im Laufe der letzten Jahre bereits wieder stark steigern konnte, sei die Steuerbelastung der Massen angestiegen und die Reallöhne immer noch nur halb so hoch wie vor dem Weltkrieg. Der *Kampfbund* bzw. die *Proletarische Vereinigung Österreichs* (PVÖ) als seine Tarnorganisation zogen auch den richtigen Schluss, dass es nur einen einzigen Weg aus Not und Ohnmacht gebe, nämlich das

Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen. Das sei der Grundgedanke der proletarischen Demokratie. Betreten werden müsse der "Weg des konsequenteren Kampfes" (S.13), und der Kampf für die "Wiederherstellung der Gewerkschaftsdemokratie" (S.14) sei aufzunehmen. Das allerwichtigste aber sei, dem gesamten Kampf eine Führung zu geben: "*Ihr müsst Euch die proletarisch-demokratische Arbeiterpartei schaffen, aufbauen, ausbauen. Aus den bitteren Lehren der Vergangenheit lernend, müsst Ihr viel stärkere Sicherungen als bisher schaffen gegen die Gefahr der Bürokratisierung der neuen Partei.*" (S.14)

Der Text argumentiert damit durchaus orthodox gegen die klassen neutrale Wiederaufbauphilosophie der reformistischen Parteien. Die Schwäche des Textes ist allerdings ebenso offensichtlich: Er liegt darin, dass er nicht auf die Möglichkeit eines (kapitalistischen) Wirtschaftsaufschwungs hinwies und wenn schon nicht die "Massen", so zumindest das engere Umfeld des *Kampfbundes* darauf vorbereitete. Denn ab etwa 1952/1953 sollten die Opfer der Massen mit dazu beitragen, dass die Wirtschaft in Schwung kam und damit letztendlich auch das Lebensniveau der breiten Massen sich erheblich zu verbessern begann. Dieser Entwicklung stand der *Kampfbund* politisch schlecht gerüstet gegenüber.

Nr. 2 Wohin führen sie? [1950]

Nur wenig später dürfte bereits die zweite Broschüre publiziert worden sein – *Wohin führen sie?* –, als Herausgeber fungierte ebenfalls die *Proletarische Vereinigung Österreichs*. Mit 62 Seiten war die neue Publikation wesentlich umfangreicher als die Nummer 1, für die Autor/innen/schaft – oder zumindest für die tragende Hilfe in der Abfassung – gilt dasselbe wie bei der Nummer 1, schon die spezifische Diktion des Textes legt eine Autorschaft von Josef Frey nahe. *Wohin führen sie?* zielt auf die Sozialistische Partei (SP), die Labour Party (LP) und die Kommunistische Partei (KP). Im Abschnitt zu Sozialdemokratie und Labour Party geht der Text auf Verstaatlichung, sozialdemokratische Planwirtschaft, Sozialstaat und Sozialpolitik sowie die *gebundene Wirtschaft*, also die Verbindung von verstaatlichter Industrie und Privatsektor, ein. Als Konsequenz zog der *Kampfbund* die Schlussfolgerung, SP und LP seien "*unheilbare Parteien des Arbeiterversrats*", die als "*Parteien der entarteten Arbeiterbürokratie*" die "*Kampfkraft der Arbeitermassen*" zu ihren Gunsten nutzen (oder in typischer *Kampfbund*-Diktion: "*ausschmarotzen*") würden. "*Ihr politischer Parasitismus*" müsse sich, so das abschließende Fazit, "*immer wieder zu Gunsten der Bourgeoisie*" auswirken (alle Zitate auf S.28).

Problematischer war da schon die Analyse der KP-Politik bzw. der stalinistischen Politik insgesamt. Vielleicht bloß

terminologischer Natur ist, dass Frey in seinen Schriften immer wieder vom *sozialistischen Staat* in Russland spricht und insgesamt wenig Verständnis dafür aufzu bringen scheint, dass bereits am Weg zum Sozialismus der Staat *absterben* wird, der *Sozialismus* also bereits eine klassenlose Gesellschaft *voraussetzt*. Dieses Versäumnis von Frey könnte allerdings bereits darauf hindeuten, dass Frey Probleme hatte, die Natur von degenerierten Arbeiter/innen/staaten in den Griff zu bekommen. Dies hatte vor allem in der Analyse der *Volksdemokratien* massive politische Konsequenzen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg waren neben der Sowjetunion eine ganze Reihe von "sozialistischen Ländern" entstanden. In diesen Ländern wurde die Bourgeoisie von der Herrschaft vertrieben und die kapitalistische Ausbeutung unterdrückt, jedoch ohne dass die Macht der Werk tätigen und Unterdrückten, organisiert in bewaffneten Räten, selbst in Besitz der politischen Macht gekommen wären und den Staatsapparat der Bourgeoisie zerschlagen hätten. Die stalinistische Bürokratie vertrieb vielmehr die Bourgeoisie von der politischen Macht, unterband ihren Zugriff auf den Staatsapparat und brachte ihn in ihren eigenen Besitz, um ihn als Überbauhebel sowohl gegen die Bourgeoisie – zur Unterdrückung ihrer ökonomischen Herrschaft – als auch gegen das Proletariat einzusetzen. In allen diesen Staaten – in der Sowjetunion seit dem

Aufstieg der stalinistischen Kaste der Bürokratie, in den anderen Ländern seit ihrer Entstehung – wurde der Begriff des *Sozialismus* zur Verschleierung von Macht- und Herrschaftsverhältnissen benutzt, die nicht den Klasseninteressen des Proletariats dienten.

Diese *kommunistischen* Länder, die als *Volksdemokratien* firmierten, waren wie die stalinistische Sowjetunion in der Realität *degenerierte Arbeiter/innen/staaten*, in denen das kapitalistische System abgeschafft und durch Staatseigentum an Produktionsmitteln, Außenhandelsmonopol und eine bürokratisch geplante Wirtschaft ersetzt worden war. Aber gleichzeitig verfügte das Proletariat weder über die Möglichkeit der eigenständigen und freien Gestaltung und Entwicklung der Produktionsverhältnisse, noch bestimmt es über innere und äußere Politik. An der Spitze des Staates stand eine parasitäre Kaste, eine Bürokratie, die die politische Macht an sich gerissen hatte, anstelle des Proletariats ausübt und eine konterrevolutionäre internationale Strategie, die des *Sozialismus in einem Lande*, verfolgte.

Über ein solches Verständnis verfügten der *Kampfbund* und sein geistiger Mentor, Josef Frey, nicht. Richtig erkannte der *Kampfbund*, dass die Volksdemokratien nicht durch siegreiche *proletarische Revolutionen* entstanden waren, sondern durch eine "gegenrevolutionäre, militärischbürokratische Aktion des Stalinregimes". Die so entstandenen Staaten seien keine proletarischen Staaten, sondern "entartete bürgerliche Staaten". Ein Verständnis, dass in den so entstandenen Gesellschaften der Kapitalismus gestürzt wurde, findet sich allerdings nicht, mehr noch: Die Broschüre drückt sich um eine klassenmäßige Einordnung der so entstandenen Staaten herum. So war es zwar nicht falsch, wenn ausgeführt wird, dass in den *Volksdemokratien* die Bourgeoisie entmachtet worden sei, aber durch die Auswirkungen der stalinistischen Politik der Boden für eine *neue Kapitalistenklasse* bereitet werde. Falsch wird die Analyse allerdings dadurch, dass nicht klar dazugesagt wird, dass diese *neue Kapitalistenklasse* nur durch eine soziale Konterrevolution und den Sturz der bürokratisch zustande gekommenen, aber trotzdem *nicht mehr kapitalistischen Eigentumsverhältnisse* an die Macht kommen könne. Das traf auch auf Jugoslawien zu. Was der *Kampfbund* allerdings richtig einschätzte, war, dass kein *qualitativer* Unterschied zwischen Jugoslawien und den anderen Volksdemokratien bestand. In einer weiteren Broschüre sollte sich der *Kampfbund* noch einmal intensiver mit den *Volksdemokratien* auseinandersetzen (Nummer 10), ohne die grundlegenden Schwächen in der Analyse beseitigen zu können. Wir wollen uns daher dort noch etwas genauer mit der Analyse der Volksdemokratien durch den *Kampfbund* beschäftigen.

In der Bestimmung des Klassencharakters des Stalinregimes bestand also ein großer Schwachpunkt des *Kampfbundes*. Natürlich führte die Politik des Stalinismus zum Wiederaufleben eines neuen Kapitalismus in Russland, aber eben dadurch, dass das Stalinregime die Grundlage der nachkapitalistischen Produktionsverhältnisse immer weiter unterhöhlte und untergrub und schließlich die Gesellschaft unfähig machte zur Verteidigung der nicht-kapitalistischen Produktionsverhältnisse. Ohne über ein solches Verständnis zu verfügen, kam der *Kampfbund*

auch dazu, im Ergebnis der Politik von SP, LP, aber auch der KP die Aufrichtung eines *staatsmonopolistischen Kapitalismus* zu sehen – die Unterschiede seien lediglich *nationaler* Natur. Während die Politik von Sozialdemokratie und Labour Party zu einem *anglo-amerikanisch-imperialistisch ausgerichtetem staatsmonopolistischen Kapitalismus* führe, sei dies im Falle der KP ein *russisch-national ausgerichteter staatsmonopolistischer Kapitalismus*, wobei allerdings der *Kampfbund* darauf verwies, dass in Russland heute noch kein Imperialismus herrsche, sondern die Stalinbürokratie ein "*riesiger politischer Parasit am Leib des durch sie entarteten und immer mehr entartenden Arbeiterstaates*" sei (S.47). Weshalb aber das Ergebnis der Politik der Stalinbürokratie die Errichtung eines Regimes des *staatsmonopolistischen Kapitalismus* sein müsse und nicht eine neue Herrschaft der Klasse von kapitalistischen Ausbeuter/inne/n sein werde, wird nicht schlüssig argumentiert.

Trotzdem ist die Schlussfolgerung, in welche Richtung die Politik von SP, LP und KP führen müsse, in der Grundlinie richtig, wenn eindeutig festgestellt wird: "In jedem Land führen SP, LP, KP samt Gewerkschaftsbürokratie, Genossenschaftsbürokratie zur Enttäuschung der Arbeitermassen, deren Kampfkraft sie immer wieder untergraben; zur Enttäuschung der armen Mittelmassen, zu deren Abwenden von der Arbeiterklasse weg zur Bourgeoisie, die sie unter Anleitung des monopolistischen Flügels gegen das Proletariat zu wenden zu beginnt. In jedem Land führen sie so zum Wiederaufstieg der kapitalistischen Gegenrevolution, vielfach sogar faschistischen Charakters. In jedem Land stärken sie die Bourgeoisie, schwächen sie das Proletariat. In jedem Land arbeiten sie den Imperialisten, den imperialistischen Kriegstreibern, dem imperialistischen Krieg gegen die SU, dem Krieg letzten Endes gegen das Weltproletariat, gegen den Weltsozialismus in die Hände, dem Krieg, der dem kapitalistischen Ausbeutungs-, Unterdrückungssystem auf Kosten der Millionenmassen das Leben weiter verlängern soll. Und so wirken sie auch im Weltmaßstab. Sie stärken die Weltbourgeoisie, sie schwächen das Weltproletariat. Sie wirken tatsächlich gegen den Weltsozialismus, für den Weltkapitalismus." (S.48)

Im letzten Teil der Broschüre wird die Frage beantwortet, was das Ziel des proletarischen Kampfes sein müsse. Der *Kampfbund* orientierte sich klar auf den "Kampf für die Vereinigten proletarischdemokratischen Republiken Europas mit einem gemeinsamen proletarisch-demokratischen europäischen Parlament und der von ihm zu wählenden und zu kontrollierenden proletarisch-demokratischen Europäischen Regierung" (S.51). Als Übergangslösung, als Etappe dazu, wurde der Kampf für eine europäische Arbeiter/innen/regierung ausgegeben, konkreter eine "Europäische Regierung der Arbeiter, Angestellten, niederen Beamten, armen Bauern, Kleinbürger, frei von Kapitalisten und kapitalistischen Vertretern" (S.51f.). Darüber hinaus gab der *Kampfbund* auch hier wieder die an sich richtigen, aber durch die immer wieder ähnliche Struktur von Artikeln im *Arbeiterblatt* und in den Broschüren recht redundant wirkenden Lösungen bis hin zum Aufbau einer proletarisch-demokratischen Arbeiter/innen/partei, brachte also letztlich kein neues Element in die Diskussion.

Nr. 3 Haben die Arbeiter die Partei, die sie brauchen? [1950/1951]

Schwerer zu datieren ist die 39-seitige dritte Broschüre der PVÖ – *Haben die Arbeiter die Partei, die sie brauchen?* Sie muss 1950 oder 1951 erschienen sein, das letzte Zitat aus der *Arbeiter-Zeitung* stammt jedenfalls vom 7. November 1950. Erst die fünfte Folge der *Schriftenreihe* wird datiert sein – mit dem Jahr 1951.

Im Grunde war die neue Broschüre eine Wiederholung und Variierung der Argumentation der bisher erschienenen Arbeiten: SP und KP seien keine proletarischen, keine sozialistischen / kommunistischen Parteien. "So große Teile der Arbeitermassen dem Kreml auch folgen, sie dienen ihnen nur als politische, gewerkschaftliche Wurzen. Das Heft in diesen Parteien ist und bleibt fest und unabänderlich in den Händen der Stalinbürokratie, die den Hebel der KP und der sonstigen stalinschen Organisationen benutzt, um diese Massen auf das gründlichste politisch, gewerkschaftlich auszuwurzen, auszuschmarotzen – gegen die Interessen der Arbeiterklasse.

Die KP ist nicht eine proletarische, sie ist eine antiproletarische Partei." (S.39)

Weshalb aber folgten die proletarischen Massen den beiden Verratsparteien? Die Hauptursache liege "darin, dass die Massen vorläufig keine andere Möglichkeit erkennen, als die Wahl zwischen den Verratsparteien. Daher besteht die Grundaufgabe der klassenbewussten Elemente des Proletariats heute gerade darin, den Massen ausdauernd immer wieder zu zeigen, dass sie in der Tat eine andre Wahl haben, dass diese andere Wahl für sie unumgänglich notwendig, ja eine Frage ist auf Tod und Leben. Diese andre Wahl lautet: **Bruch mit den Verratsparteien, Bruch mit LP, SP, KP – Schaffung der proletarischen Klassenpartei, der Partei der proletarischen Demokratie der proletarischdemokratischen Arbeiterpartei, der proletarischdemokratischen Arbeiterinternationale!**" (S.39)

Nr. 4 Die Arbeiter und die Gewerkschaft.

Was der *Kampfbund* für die Parteiorganisationen von SP und KP in der vorherigen Ausgabe der *Schriftenreihe* argumentierte, wird hier übertragen auf die Gewerkschaften. Die Broschüre dürfte zeitgleich und in enger inhaltlicher Abstimmung mit der Schriftenreihe Nr. 3 entstanden sein – auch hier stammt das jüngste Zitat aus der *Arbeiter-Zeitung* vom 14. Januar 1951, also nur wenige Wochen nach dem letzten Zitat der Broschüre Nr. 3. Wir haben schon in der Besprechung der Auftakt-Broschüre ... Alle müssen opfern darauf hingewiesen, dass der *Kampfbund* dem beginnenden Wiederaufschwung der kapitalistischen Wirtschaft nach 1945 politisch schlecht gewappnet gegenübertrat. Dies wird in dieser Broschüre dort besonders deutlich, wo die Frage diskutiert wird, ob sich die Lage der Arbeiter nun verschlechtert oder verbessert habe.

Die sozialdemokratische Partei- und Gewerkschaftsbürokratie argumentierte damit, dass sich das Lebensniveau der Arbeitenden seit 1945 dramatisch verbessert hatte. Im Frühjahr 1946 waren 700 Kalorien zur Verfügung gestanden, im November 1947 bereits 1.700 Kalorien, und jetzt noch um einiges mehr. Die Richtigkeit der Zahlen wurde vom *Kampfbund* auch gar nicht bestritten. Trotzdem seien diese Zahlenspielereien "*Lüge, Betrug*", nur ein Teil der Wahrheit, was "*heimtückischste Lüge*" sei. Denn das Lebensniveau des Proletariats müsse mit dem der Bourgeoisie verglichen werden – und da zeige sich, dass vom gesellschaftlichen Gesamtprodukt "*ein immer kleinerer Teil den Bedürfnissen der Arbeiter*" zur Verfügung stehe, ein immer größerer Teil den Bedürfnissen der Bourgeoisie. Das bedeute aber nichts anderes als eine immer weiter fortschreitende "Vereindung der Arbeiterklasse" (S.9f.). Die Lage der Arbeiterklasse habe sich – verglichen mit der Bourgeoisie – seit 1945 also nicht verbessert, sondern sogar noch verschlechtert (S.11).

Auf der abstrakten Ebene hatte der *Kampfbund* natürlich recht: Die Ausbeutungsrate nimmt mit Fortdauer des Kapitalismus und einer steigenden organischen Zusammensetzung des Kapitals zu. Aber trotzdem ist es sicher ver-

[1951]

kürzt, beispielsweise im Vergleich zum Frühkapitalismus von einer fortschreitenden *Vereindung* des Proletariats zu sprechen! Das Problem ist, dass Frey und der *Kampfbund* nicht zwischen dem *relativen Gewicht* der Arbeit im kapitalistischen Verwertungsprozess und dem *absoluten Grad* der Vereindung unterscheiden. Das aber nahm – vor dem Hintergrund einer sich langsam, aber stetig verbessernden Versorgung auch der Arbeiter/innen/klasse von 1945 bis zum Beginn der 1950er Jahre – dem *Kampfbund* einen guten Teil der Überzeugungskraft: Gegen die *subjektiv gefühlte* Verbesserung der Lebenssituation verpuffte die abstrakte Argumentation des *Kampfbundes*.

Dessen Linie war letztlich auf ein Katastrophenszenario abgestimmt – auf eine *absolute* Verschlechterung der Lebensbedingungen und eine fortschreitende *absolute* Vereindung, der Anfang der 1950er Jahre immer mehr der Boden entzogen wurde.

Interessant erscheint die Argumentation in einem anderen Punkt: Der ÖGB war 1945 im Unterschied zu den Richtungsgewerkschaften der Zwischenkriegszeit als *überparteilicher* österreichischer Gewerkschaftsbund gegründet worden. Wie im Falle der Parteien mit dem Ende der Koalitionspolitik verlangte der *Kampfbund* in den Gewerkschaften ein Ende der Überparteilichkeit. Seine Lösungen waren "*Schluss mit der Gewerkschaftskoalition, Parteikoalition! Trennung daher von den Christlichen Gewerkschaften!*" Die christlichen Gewerkschafter/innen sollten sich, bei voller Wahrung ihres religiösen Glaubens, "*in die Freien Gewerkschaften vollberechtigt einreihen, wenn sie sich ehrlich auf den Boden des konsequenten Kampfes für die Interessen der Arbeiter stellen, der den Kampf für die Beseitigung der Lohnsklaverei, des Ausbeutungssystems in sich begreift*". Wir denken, dass *in der Linie* diese Argumentation richtig ist, dass politische Strömungen, die sich nicht auf die Arbeiter/innen/bewegung beziehen und in keiner organischen Verbindung mit ihr stehen, nichts in einer klassenkämpferischen Gewerkschaftsbewegung verloren haben sollten.

Nr. 5 Die Schuld der S.P. und K.P. (1951)

Mit der Folge 5 der *Schriftenreihe* legte der *Kampfbund* nun erstmals eine datierte und nicht mehr anonym verfasste Broschüre vor. Der 41-seitige Text stammte vom 4. August 1951 und war mit R.St. unterzeichnet. Wie der Titel bereits nahelegt, stehen im Mittelpunkt des Textes die Fehler von Sozialdemokratie und Stalinismus. Nach der Analyse der vier grundsätzlichen Fehlern der SP – der Unterstützung des Ersten Weltkriegs, der nicht ausgenützten revolutionären Situation von 1918/1920, dem Versagen am 15. Juli 1927 während des Justizpalastbrandes und der Katastrophe vom Februar 1934 – kommt R.St. zum Schluss: "Die sozialdemokratische Grundlinie, die Koalition mit dem Klassenfeind der Arbeiter war die tiefste Ursache aller proletarischen Katastrophen seit 1914!" (S.26) Und da die SP die Grundlinie ihrer Politik bis heute, also 1951, beibehalten habe, gebe es nur einen Schluss: die SP als unheilbar zu erkennen und den Bruch mit ihr zu vollziehen.

Im zweiten Teil wird die Politik von KP und Stalin-Bürokratie analysiert, und auch da lautete die Schlussfolgerung: Die "Stalinpartei" sei "unheilbar", notwendig sei auch in diesem Fall der Bruch mit ihr. Daraus folgte als dritter Schritt die Schlussfolgerung, dass der Aufbau einer neuen proletarisch-revolutionären Arbeiter/innen/partei notwendig sei. Abschließend fasste der *Kampfbund* seine Konsequenzen nochmals zusammen: "Die dritte und wichtigste Lehre der proletarischen Ka-

tastrophien lautet: Die Arbeiterklasse muss sich ihre proletarische Klassenpartei schaffen. Sie muss sein die Partei des Kampfes für die proletarische Demokratie: für die proletarische Demokratie in allen Arbeiterorganisationen; für die proletarische Demokratie in Staat und Wirtschaft! Sie muss sein: Die Proletarischdemokratische Arbeiterpartei, Arbeiterinternationale!" (S.41)

Die ersten fünf Broschüren waren in rascher Folge erschienen – fünf Ausgaben in etwas mehr als einem Jahr. Das erste Heft muss nach dem April 1950 erschienen sein, das fünfte ist mit 4. August 1951 datiert. Während 1952 keine Ausgabe produziert wurde, erschienen in den nächsten beiden Jahren 1953 und 1954 wiederum gleich vier Ausgaben, eine weitere 1956. Während die ersten fünf Ausgaben auch inhaltlich eine Einheit bilden, wobei die verbindende Klammer die Verratspolitik von SP, KP und Gewerkschaftsbürokratie darstellte, wurde in den nächsten Jahren die thematische Palette breiter und umfangreicher. Zwei Ausgaben befassten sich mit wirtschaftlichen Fragen, eine mit dem Kalten Krieg und eine mit der politischen Führung, war also noch am ehesten thematisch mit den ersten fünf Ausgaben verwandt, die fünfte von 1956 mit den *Volksdemokratien*, vor allem Jugoslawien und China. Auch optisch änderte sich nach den ersten fünf Ausgaben einiges: Bis jetzt waren sie im kleinen A5-Format erschienen, mit der sechsten Ausgabe der *Schriftenreihe* stiegen *Kampfbund / Proletarische Vereinigung* auf das größere A4-Format um.

Nr. 6 Was müssen die Arbeiter heute von der kapitalistischen Ausbeutung ganz besonders verstehen! (1953)

Die sechste Ausgabe ist mit 29. Mai 1953 datiert und umfasste – wie immer ohne Zählung des Titelblattes – neun Seiten. Der Text *Was müssen die Arbeiter heute von der kapitalistischen Ausbeutung ganz besonders verstehen!* war der erste ökonomisch ausgerichtete Text, der in der *Schriftenreihe* publiziert wurde. Er war im Grunde eine Reaktion auf die sich verbesserte Lebenssituation breiter Schichten der Arbeiter/innen/klasse und die Stabilisierung des österreichischen Nachkriegskapitalismus.

Eine zentrale Passage zeigt nun eine vorsichtigere Herangehensweise als die mit sprachlichen Phrasen wie der, dass die *Verelendung* immer mehr zunehmen werde. Sie stimmte auf die Zugeständnisse des Kapitalismus ein, die nun im *Wirtschaftswunder* die Lage der Arbeiter/innen drastisch zu verändern begannen:

"Der Fortschritt der kapitalistischen Technik hat vielen Arbeitern Fahrrad, Radioapparat, elektrischen Rasierapparat gebracht. Er mag ihnen auch Auto, Waschmaschinen, Haushaltmaschinen, Televisionapparat, vielleicht sogar billiges Flugzeug usw. bringen. Verbessert damit das Kapital die soziale Lage der Arbeiter, der Ausgebeuteten? Wir sagen mit aller Deutlichkeit und Schärfe: Nein! Was immer Euch der Fortschritt der Technik auf kapitalistischer Grundlage bringen mag, er

lockert damit im besten Fall Eure Sklavenketten, er hüllt sie immer besser in Samt ein, macht sie Euch erträglicher – das darf Euch aber nie und nimmer täuschen über die zwei Grundtatsachen Eures Lebens!: a) Im Kapitalismus seid Ihr und bleibt Ihr, wie hoch immer er die Technik entwickelt, Arbeitsklaven, die ihre Arbeitskraft verkaufen müssen, um zu leben; b) Von der Gesamtarbeit der menschlichen Gesellschaft dient unter dem Kapital ein immer kleinerer Teil Euch, den Arbeitsbienen – ein immer größerer Teil den Interessen der Drohnen, der Ausbeuter. Je mehr sich die kapitalistische Technik entfaltet, desto mehr bleibt Ihr, von deren Arbeit die Menschheit lebt, hinter der Lage der Kapitalistenklasse zurück. – Die Gesamtarbeit der Menschheit muss allen Menschen brüderlich dienen! Das ist im Kapitalismus unmöglich, selbst wenn er die Technik noch viel gewaltiger entfalten würde." (S.5)

Der Text legte das Schwergewicht auf die Steigerung der Ausbeutung durch die *Intensivierung der Arbeit* und war damit unseres Erachtens ein realistischer Ansatz, wie die Veränderungen des Lebensniveaus durch das kapitalistische *Wirtschaftswunder* in den Griff gebracht werden konnten.

Nr. 7 Wohin führt der kalte Krieg? (1953)

Ebenfalls mit 1953 (31. Dezember) ist die nächste Ausgabe datiert – *Wohin führt der kalte Krieg?* von T.M. (offensichtlich Josef Frey). Obwohl mit lediglich sieben Seiten eher kurz, gehört der Text doch zu den für das Politikverständnis des *Kampfbundes* zentralen Arbeiten. Sein "Markenzeichen", die Kriegsfrage, wird hier recht ausführlich dargestellt. Ausgangspunkt ist die These, dass der grundlegende Widerspruch des kapitalistischen Produktionssystems nicht überwunden werden könne – "der Widerspruch zwischen den kapitalistischen Produktivkräften und der im Verhältnis dazu im Kapitalismus zwangsläufig immer wieder dahinter zurückbleibenden Massenkaufkraft, die den profitablen Absatz der riesenhaft schwelenden Wertmassen, die die Produktion austößt, immer schwieriger macht" (S.1f.). Die Ursachen der kapitalistischen Krise werden damit zu einseitig auf die Massenkaufkraft zurückgeführt, was in nichts anderes als in Richtung einer Unterkonsumtionstheorie weist. Abgesehen davon, wird nun argumentiert, dass genau das zur Zeit, also 1953, passiere: eine "fortschreitende Rückbildung der Massenkaufkraft" – was allerdings mit den von weiten Schichten des Proletariats subjektiv erfahrenen Tendenz kaum in Einklang gebracht werden konnte. Die Entwicklung lasse nur mehr einen Ausweg zu – eine Weltkriegskonjunktur (S.2).

Den Imperialisten bliebe kein anderer Ausweg, als alles zu tun, um die Auseinandersetzungen mit der Stalinbürokratie "zu verschärfen, zu beschleunigen und sich so das siegreiche Zuendeführen des Zweiten imperialistischen Weltkriegs zu erleichtern" (S.3). Die "gegenwärtige Phase des 2. Weltkriegs" diene damit nur "dem Umgruppieren der kapitalistischen Mächte zur offenen allimperialistischen Kriegseinheitsfront" gegen die Sowjetunion (S.1). Die Position, dass der Zweite Weltkrieg noch nicht beendet sei, dass es sich lediglich um eine *Atempause* zur *Umgruppierung* handle, die imperialistischen Widersprüche aber baldigst zu neuem Krieg führen würden, sollte der *Kampfbund* bis zu seinem Ende nicht wirklich überwinden. Er ging davon aus, dass keineswegs von einem dritten Weltkrieg die Rede sein könne, da der neue Krieg dieselbe Grundursache habe wie der Zweite Weltkrieg. Mit dieser Argumentation hätte natürlich ebenso – ja in Wirklichkeit sogar noch viel eher – behauptet werden können, dass der Zweite Weltkrieg nur eine Fortsetzung des Ersten gewesen sei, da das erste imperialistische Gemetzel tatsächlich nicht genügend Zerstörung und Kapitalvernichtung hervorbrachte, um die Grundlage für einen neuen Zyklus der Kapitalakkumulation, einen neuen kapitalistischen Boom abzugeben. Das schaffte der Zweite Weltkrieg sehr wohl, weshalb er viel eher als Einschnitt betrachtet werden kann.¹⁵

Freys Position ging letztlich von einer noch viel krasseren Fehleinschätzung der Substanz des Kapitalismus aus als die von Pablo und dem *Internationalen Sekretariat*

der Vierten Internationale. Bei Frey stand dies ganz zweifellos in einem sehr direkten Zusammenhang mit seinem starren Festhalten an einer revolutionären Nachkriegsperspektive. Dies wird auch in diesem Text klar: Die kommende Phase des heißen Weltkriegs werde den Gärungsprozess der Massen "treibhausmäßig steigern, beschleunigen" (S.3). Er werde die Hauptfragen drastisch vereinfachen, die Klärung der Massen erleichtern, die nun klar zu sehen beginnen werden. Für Frey war es einfach undenkbar und unmöglich, dass "die Weltmassen das scheußliche Los, das ihnen das Zuendeführen des 2. Weltkriegs auferlegen wird, widerstandslos hinnehmen. Sie werden sich dagegen erheben, darüber kann es keinen Zweifel geben." (S.6)

Das schloss formal an Trotzkis Argumentation an, der eine revolutionäre Nachkriegsperspektive nahelegte: "Wenn, entgegen aller Wahrscheinlichkeit, im Verlauf des jetzigen Krieges oder unmittelbar danach die Oktoberrevolution in keinem der fortgeschrittenen Länder eine Fortsetzung findet; wenn vielmehr das Proletariat überall und allenthalben zurückgeworfen wird – dann müssten wir zweifellos die Frage nach einer Überprüfung unserer Konzeption von der gegenwärtigen Epoche und der sie bewegenden Kräfte stellen. Die Frage wäre dann nicht so sehr die, welches pennälerhafte Etikett man der UdSSR oder der Stalinbande anheften sollte, als vielmehr die, wie man die internationale historische Perspektive der nächsten Jahrzehnte, wenn nicht Jahrhunderte beurteilen sollte."¹⁶

Während Trotzki also mit revolutionärem Optimismus auf eine revolutionäre Entwicklung orientiert ist, sich aber darüber im Klaren ist, dass es keinen Automatismus gebe – und damit auch die Grundlage für eine Neuorientierung auf eine längerfristige Perspektive legte –, zog Frey andere Schlüsse. In einem internen Papier von 1949 hatte Frey dezidiert seine Position klargemacht: "Wer erklärt: der 2. Weltkrieg ist beendet, der zieht eben dadurch unsere weltgeschichtliche Perspektive in Zweifel."¹⁷ Der Weltkrieg konnte also noch nicht beendet sein, immerhin war ja 1945 auch die revolutionäre Erhebung ausgeblieben.

Hier wird deutlich, dass die Voraussagen, dass der Zweite Weltkrieg, wenn er schon nicht von den revolutionären Massen verhindert werden konnte, dann jedenfalls zu einer revolutionären Erhebung führen werde, einfach auf die veränderte Weltlage übergestülpt wurden. Nicht die Perspektiven wurden von der Einschätzung der Realität abgeleitet, sondern die Realität den Perspektiven angepasst – und damit die marxistische Herangehensweise einigermaßen auf den Kopf gestellt, wie wir schon in unserem Beitrag zum *Kampfbund* nach 1947 betont hatten (Wegner, Die Entwicklung des Kampfbundes von 1947 bis 1975, a.a.O., S.145).

¹⁵ Wegner, Die Entwicklung des Kampfbundes von 1947 bis 1975, a.a.O., S.145

¹⁶ Leo Trotzki: *Die UdSSR im Krieg*, 25.9.1939

¹⁷ W.S. (d.i. Josef Frey): „2. oder 3. Weltkrieg“? – eine entscheidende Frage, interner Beitrag, 15.9.1949

Nr. 8 Die Grundursachen, Grundtendenzen der kapitalistischen Wirtschaft – sind sie überholt? (1954)

Die folgende Ausgabe, datiert mit 9. Juni 1954 und verfasst von G. Hirt, einem der Pseudonyme von Josef Frey, schloss am ökonomischen Thema der 6. Ausgabe der *Schriftenreihe* an. Wieder wird die Frage gestellt, wie die Entwicklung des Kapitalismus nach 1945 zu bewerten sei. Richtig wird festgestellt, dass die Grundtendenzen, Grundtatsachen der kapitalistischen Wirtschaft nach wie vor gültig seien, dass "das Eigentum der Kapitalistenklasse an den entscheidenden Produktionsmitteln die beherrschende Grundtatsache der Weltwirtschaft" sei (S.1).

Was Frey auch in diesem Text nicht schafft, ist eine dynamische Darstellung der kapitalistischen Entwicklung – die Darstellung wird zu linear, zu schematisch, zu "glatt", ohne den Einfluss überlagernder Faktoren darzustellen, die die Entwicklung auch für einige Zeit in die Gegenrichtung beeinflussen können (wie etwa klassenkämpferische Ereignisse, die die Bourgeoisie zu Konzessionen zwingen). Für Frey fließt die Darstellung der langfristigen *Tendenzen* und die der konjunkturellen Entwicklungen ineinander, ohne dass es gelingt, die *Spezifika* des Nachkriegskapitalismus nach 1945 herauszuarbeiten. Das Besondere war ja, dass sich in einigen hochentwickelten kapitalistischen Ländern die Bourgeoisie zu Konzessionen an die breiten lohnabhängigen Massen gezwungen sahen – Ergebnis dessen war der Aufbau eines *Wohlfahrtsstaates*, den die Kapitalist/inn/en und ihre Regierungen ab den 1970er Jahren wieder abbauen wollten. So wie der *Revolutionsschutt* von 1918, den die Bourgeoisie der Zwischenkriegszeit erst wieder beseitigen musste, waren die Errungenschaften des *Sozialstaates* während der Periode des *Wirtschaftswunders* nichts anderes als *Abfallprodukte* einer Bourgeoisie, die um die Herrschaft fürchtete und mit Zugeständnissen die Aufrechterhaltung des kapitalistischen Systems sicherstellen wollte. Bei Frey liest sich das wesentlich linearer:

"Zwangsläufig wachsen im kapitalistischen Wirtschaftssystem: die Ausbeutung der Arbeiter, Angestellten, Kleinbauern, Kleinbürger – die Profite der Kapitalistenklasse, – die Vereidlung der Arbeiterklasse, aber auch der Kleinbauern, Kleinbürger – der Reichtum, die Verschwundung der Ausbeuterklasse – die Zentralisation und Konzentration er Wirtschaft mit ihren zwangsläufigen Begleiterscheinungen, Folgen – der Grundwiderspruch zwischen den kapitalistischen Produktivkräften und der Massenkaufkraft mit den dadurch zwangsläufig herbeigeführten kapitalistischen Wirtschaftskrisen und imperialistischen Kriegen, die immer schärfer, verheerender werden. Das zusammen **muss** den Klassengegensatz zwischen der Kapitalistenklasse, die das ihrem Vorteil dienende Profitsystem mit allen Mitteln, unter allen Umständen weiter behaupten will, und der Arbeiterklasse, die am meisten unter diesem Wirtschaftssystem

leidet, steigern, verschärfen und steigert, verschärft in der Tat diesen für das Schicksal der ganzen menschlichen Gesellschaft entscheidenden Klassengegensatz immer mehr. Die Kapitalistenklasse baut ihre Spezialorganisation zum Niederhalten der Arbeiterklasse, der ausgebeuteten Massen überhaupt, zum Sichern des kapitalistischen Eigentums an den entscheidenden Produktionsmitteln, zum Sichern der Bedingungen des Profitssystems, den kapitalistischen Staat, immer gründlicher und raffinierter aus. Sie weiß sehr wohl, dass sie die Millionenmassen heute mit dem bloßen kapitalistischen Machtparad (Polizei, Justiz, Armee usw.) dauernd nicht niedezuhalten vermöchte." (S.10f.)

Auch dieser Artikel schließt mit dem Bekenntnis, dass eine Partei und Internationale der proletarischen Demokratie aufgebaut werden müsse. Realistisch wird jedoch auch die Verwüstung gesehen, die Faschismus und Krieg in den Köpfen der Proletarier/innen hinterlassen haben. Und da der pathetische Schluss für den Stil des *Kampfbundes* der 1950er Jahre sicher typisch ist, wollen wir ihn hier abschließend zitieren:

"Die Arbeiter, Angestellten müssen sich aufbauen die Partei und Internationale der proletarischen Demokratie: die proletarischdemokratische Arbeiterpartei, Arbeiterinternationale. Sie muss erkämpfen, aufbauen den proletarischdemokratischen Staat, die proletarisch-demokratische Wirtschaft: einzige und allein über sie führt der Weg zum demokratischen Weltsozialismus, letzten Endes zur klassenlosen, staatenlosen, parteilosen brüderlichen Weltgenossenschaft aller Menschen ohne Unterschied zum materiellen, kulturellen, geistigen, moralischen Aufstieg der ganzen Menschheit, jedes einzelnen Menschen. Die Arbeiter, Angestellten müssen die Verwirrung ihres Bewusstseins, die Lähmung ihres Kampfwilens überwinden, in die die proletarischen Katastrophen und die von der Monopolbourgeoisie geführte Kapitalistenklasse sie mittels ihrer faschistischen Diktatur durch jahrelange materielle und geistige Misshandlung gestürzt hat. Der kombinierte Verrat von SP, LP, Gewerkschaftsbürokratie, KP hat diese Katastrophen verschuldet, deren verhängnisvolle Wirkungen vertieft, verschärft, verlängert. Arbeiter, Angestellte, **ermannt** Euch! Von selbst ändert sich nichts, am allerwenigsten Eure Lohnsklaverei! Um Euer Sklavenschicksal zu überwinden, müsst Ihr kämpfen und siegen gegen die Kapitalistenklasse. Dazu müsst Ihr abschütteln die Sozialparasiten, die als Agenten der Bourgeoisie in der Arbeiterbewegung wirken, Eure Kampfkraft politisch und gewerkschaftlich ausschmarotzen. Kämpft für die Staatsmacht und Wirtschaft der proletarischen Demokratie! Und eben dazu baut auf die Partei und Internationale der proletarischen Demokratie!" (S.13)

Nr. 9 Die Notwendigkeit der politischen Führung (1954)

Ebenfalls von G. Hirt (diesmal G.H.), also wieder von Josef Frey, stammte auch die vierte, in der kurzen Zeit der beiden Jahre 1953 und 1954 erschienene Broschüre –

Die Notwendigkeit der politischen Führung ist mit November 1954 datiert, wurde also ebenfalls noch vor dem Staatsvertrag von 1955 verfasst.

Thema ist wieder die Gründung einer revolutionären Partei, genauer gesagt die Herausarbeitung einer klassenbewussten Führung des Proletariats. In zwei Teilen – datiert 20. November und 25. November 1954 – wird zuerst die Notwendigkeit einer politischen Führung erläutert, um

anschließend im zweiten Teil Maßnahmen aufzuzählen, die das Entarten dieser Führung verhindern sollen. Ansonsten brachte die neunte Ausgabe inhaltlich wenig Neues, eine genauere Besprechung kann daher an dieser Stelle entfallen.

Nr.10 "Volksdemokratien" Jugoslavien, China

Eigentlich ging diese 10. Ausgabe der Schriftenreihe auf das Jahr 1952 zurück. Inhalt war eine Analyse der *Volksdemokratien* einschließlich Jugoslawiens und Chinas. Der Artikel war unter dem Namen *Ernst Roth* von Josef Frey bereits 1952 verfasst worden (datiert ist er mit 25. Oktober 1952), er wurde jedoch erst mit mehrjähriger Verspätung in der *Schriftenreihe* publiziert. Dem ursprünglichen Text wurden lediglich einige kurze Zusätze hinzugefügt, die auch eine Datierung ermöglichen, ansonsten wurde er ohne Änderungen abgedruckt.

Der Arbeit wurde folgende Einleitung vorangestellt, die sich auf die Spaltung der französischen Sektion im Vorfeld der Spaltung der Vierten Internationale in *Internationales Sekretariat* und *Internationales Komitee* bezog: "Dieser Artikel wurde der von der liquidatorischen Minderheit mit Hilfe des Internationalen Sekretariats ausgeschlossenen Mehrheit der französischen Sektion der 4. I. [Internationale] 1952 gewidmet; Er hat auch heute noch seine Bedeutung." (S.1) Frey hatte sich wie die *Marxistische Aktion der Schweiz*, die MAS, gegen das IS und Pablo positioniert, im Zuge dieser Auseinandersetzungen war dieser Artikel entstanden.

Zwei der anderen Einschübe, mit "Nachtrag 1956" versehen, ermöglichen auch eine genauere Datierung. Es wird nämlich direkt auf die Annäherung von Jugoslawien und der Sowjetunion Bezug genommen, die im September 1956 vollzogen wurde. Mit seiner Erscheinung 1956 kann diese Ausgabe als fünftes Heft der *Schriftenreihe* einer zweiten Periode zugeordnet werden. Es war das letzte Heft, das zu Lebenszeiten von Frey erschien, und es war die zehnte Ausgabe, die in der kurzen Zeit von sechs Jahren erschien. Zwischen den letzten drei Ausgaben der *Schriftenreihe* sollten wesentlich längere Zeiträume liegen – sie erschienen 1960, 1965 und Anfang der 1970er Jahre.

Die Ausgabe "Volksdemokratien" Jugoslavien, China war zwar bereits 1952 geschrieben, die Zusätze von 1956 waren aber durch die Wiederannäherung von Jugoslawien und der Sowjetunion notwendig geworden. Nach dem Tod Stalins am 5. März 1953 hatte sich Nikita Chruschtschow als Reformer des Stalinschen Systems positioniert. Im Februar 1956 hielt er im Anschluss an den XX. Parteitag der KPdSU die so genannte *Geheimrede*, in der er massive Kritik am Personenkult um Stalin äußerte und die stalinistischen Verbrechen der 1930er Jahre thematisierte. Die *Tauwetter-Periode* führte auch zum Kurs der *friedlichen Koexistenz* in der sowjetischen Außenpolitik. Ein Element dieser Entspannungspolitik war auch der Kurs auf eine Annäherung zu Tito in Jugoslawien. Am 19. September 1956 traf er zu einem privaten Erholungsurlaub in Belgrad ein. Nach einer achttägigen Marathon-Konferenz mit Tito endete dieser *Erholungsurlaub* mit einer politischen Sensation: Chruschtschow reiste gemeinsam mit Tito in die Sowjetunion zurück. Jugoslawien wurde zwar nicht Mitglied

(1952/1956)

des Warschauer Paktes, aber die Ächtung Jugoslawiens, die 1948 durch das *Kommunistisches Informationsbüro* (offiziell: *Informationsbüro der Kommunistischen und Arbeiterparteien*) ausgesprochen wurde, gehörte nun der Vergangenheit an. Immerhin sah das Stalinsche *Kominform-Büro* die Jugoslawische Partei 1948 noch in den Händen von *Mörtern und Spionen*, und am 29. November 1949 hatte das *Kominform* seine Mitglieder offen zum Sturz des jugoslawischen Staatschefs Tito und zum Kampf gegen den Titoismus aufgerufen. Die Publikation der 10. Ausgabe der *Kampfbund-Schriftenreihe* dürfte also kurz nach dem September 1956 erfolgt sein, als die Erinnerung an die sensationelle (Wieder-) Annäherung der Sowjetunion und Jugoslawiens noch frisch war.

Jedenfalls fasste Frey in seinem grundlegenden Beitrag von 1952, der 1956 nur unwesentlich ergänzt wurde, seine Einschätzung der Entwicklungen in Osteuropa so zusammen: Es habe weder in den Volksdemokratien noch in Jugoslawien oder China eine proletarische Revolution stattgefunden, außerdem gebe es keine proletarische Demokratie, "und eben deshalb waren sie nicht Arbeiterstaaten, konnten sie als solche nicht entarten, sind sie keine entarteten Arbeiterstaaten!" (S.5) Bei den Umwälzungen in Osteuropa habe es sich weder um eine "*entartete proletarische Revolution*" gehandelt noch um eine "*bürgerlichdemokratische Revolution*", sondern um eine "*volksdemokratische Revolution*". Die Volksdemokratien seien nun "*entartete bürgerliche Staaten*", keineswegs "*entartete Arbeiterstaaten*", wie das Internationale Sekretariat der Vierten Internationale in seiner "*grenzenlosen Oberflächlichkeit*" verkünde.

Denn wenn "die Stalinbürokratie, ihre Partei, die Stalinpartei tatsächlich einer proletarischrevolutionären Rolle, Aktion fähig sind, dann hat die Vierte Internationale vor dem Weltproletariat keine Berechtigung zur Weiterexistenz, dann muss sie liquidiert werden, dann müssen wir zurück in die Stalinpartei! Die Liquidatoren sprechen das nicht aus, aber sie handeln danach mit ihrer Taktik der Integration sui generis' ... (...) Mehr als je steht heute auf der Tagesordnung die Lösung: Liquidation des Opportunismus, des Zentrismus 3½! Schluss mit dem Liquidatorentum! Zurück auf die Linie der proletarischen Weltrevolution! Zurück auf die Linie von Marx-Engels, Lenin-Trotzki! Vorwärts zur proletarisch-revolutionären, proletarischdemokratischen Reform der Vierten Internationale!" (S.14)

Diese Argumentation lag auf der Linie der Schweizer Sektion, der MAS, die sich in einer Resolution zum 3. Weltkongress der 4. Internationale scharf von der Politik von Pablo und Mandel abgrenzte. Der Weltkongress habe Positionen angenommen, "die geeignet sind, die IV. Internationale in die Stellung einer Linksopposition des

Stalinismus zu manövrieren", da der Stalinbürokratie "eine fortschrittliche Mission (...) zugeschrieben" werde. Wir haben unsere Position zu diesem Fragenkomplex schon früher so zusammengefasst: Die Positionen Freys zu diesen Fragen seien insgesamt äußerst widersprüchlich: Einerseits tritt er gegen die politische Anpassung von Pablo und *Internationalem Sekretariat* an den Stalinismus und den Titoismus im Besonderen auf. Andererseits bekam er die Ereignisse in Osteuropa in den späten 1940er Jahren theoretisch nicht in den Griff und beharrte auf der immer stärker realitätsfernen Ansicht, dass dort weiterhin *kapitalistische* Gesellschaftssysteme bestünden. Dabei fällt auf, dass er sich bei seinen Betrachtungen ausschließlich auf die politische Ebene konzentrierte und dass er die Frage, ob die dortigen Ökonomien nach kapitalistischen oder planwirtschaftlichen Mechanismen funktionierten, in keiner Weise beachtete (Wegner, a.a.O., S.148) Im Abschnitt *Ueber die Klassennatur dieser Staaten* in unserem Text wird die Unsicherheit Freys in dieser Frage sehr deutlich sichtbar. Auch der Begriff

der *volksdemokratischen Revolution*' hat keinen theoretischen Erklärungswert, da er sich um eine klassenmäßige Bestimmung herumschwindelt (Wegner, a.a.O., S.148f).

Die Position, dass es sich bei den osteuropäischen Ländern auch nach den Umwälzungen um (staats-) kapitalistische Gesellschaften gehandelt hätte, ist vermutlich keine eigenständige Entwicklung von Josef Frey oder der MAS, sondern ein Festhalten an der ursprünglichen Position Mandels, die orthodoxer erschien, da sie die Errichtung eines degenerierten Arbeiter/innen/staates ohne vorangegangene proletarische Revolution ausschloss. Frey beharrte weiter auf dieser immer realitätsfernen Einschätzung, um nur ja dem Stalinismus nicht das geringste Zugeständnis zu machen, obwohl das Einräumen der Möglichkeit von bürokratischen, letztlich reaktionären und kontraproduktiven Umwälzungen der Eigentumsverhältnisse noch in keiner Weise eine politische Anpassung an den Stalinismus zur Folge haben musste (Wegner, a.a.O., S.149).

Nr.11 Zur heutigen Wahltaaktik (1960)

Die ersten zehn Ausgaben der Schriftenreihe der Proletarischen Vereinigung Österreichs waren in den 1950er Jahren, genauer gesagt zwischen 1951 und 1956 erschienen. Die nächsten beiden Ausgaben wurden in den 1960er Jahren herausgebracht – bereits nach dem Tod von Josef Frey. Die elfte Ausgabe *Zur heutigen Wahltaaktik* wurde 1960 publiziert – sie ist mit 26.3.1960 datiert und mit *H.G.* unterzeichnet.

In typischer *Kampfbund*-Diktion und *in der Linie* durchaus marxistisch-orthodox wurde hier eine revolutionäre Wahltaaktik skizziert. Nachdem der *Verratscharakter* von Sozialdemokratie, Labour Party und stalinistischer KP ausführlich Raum gegeben wurde, kam der *Kampfbund* zum Ergebnis: Er sei heute noch zu schwach, um sich am Wahlkampf bereits unmittelbar zu beteiligen. Die Arbeiter/innen sollten daher, im vollen Bewusstsein des wahren Charakters von Sozialdemokratie und Stalinismus, den *Verratsparteien* die Stimme geben. Die "*ehrlichen proletarischen Revolutionäre*" würden daher "*den Massen*" den "*heutigen proletarischen Wahlvorschlag*" präsentieren: Dort, wo die Mehrheit der Arbeiter/innen der Sozialdemokratie folgt, sollten diese heute und unter den gegebenen Bedingungen alles tun, "*um der ihrer Politik nach bürgerlichen, kapitalistischen SP (LP) womöglich die Mehrheit im bürgerlichen Parlament (im bürgerlichen Landtag usw.) zu verschaffen! Alle Stimmen der SP (LP), dieser Judaspartei der verräterischen Sozialbürokratie! Tut alles, um die schwindelsozialistische SP (LP) an Stimmen und an Mandaten möglichst stark ins bürgerliche Parlament (in den bürgerlichen Landtag usw.) zu bringen!* (...) Je stärker, desto besser: desto schwerer werden ihr ihre Lügen, Schwindeleien und Tricks fallen, desto deutlicher werdet Ihr die Widersprüche zwischen ihren Heuchelworten und Taten sehen: desto leichter werdet Ihr – mit unserer Hilfe! – diese

nicht mehr zu gesundende Judaspartei durchschauen, ihren unheilbaren Verratscharakter erkennen und daraus die unumgänglichen Konsequenzen ziehen: (...) Bruch mit der SP (LP) und mit der KP! (...) Aufbau der wirklichen Arbeiterpartei, der Klassenpartei des Proletariats, der proleta-rischdemokratischen Arbeiterpartei!" (S.7)

In "*jenen vorgeschrittenen kapitalistischen Ländern (Frankreich, Italien), in denen die Mehrheit der Arbeiter heute noch der schwindelkommunistischen KP folgt*", sollten die Arbeitenden hingegen alles tun, "*um der revolutionsverräterischen KP womöglich die Mehrheit im bürgerlichen Parlament (im bürgerlichen Landtag usw.) zu verschaffen! Alle Stimmen der KP, dieser Judaspartei der revolutionsverräterischen Stalinbürokratie! Tut alles, um die schwindelkommunistische KP an Stimmen und an Mandaten möglichst stark ins bürgerliche Parlament (in den bürgerlichen Landtag usw.) zu bringen!*" (S.8)

Natürlich durfte auch in dieser Broschüre von 1960 nicht der (versteckte) Hinweis fehlen, dass der zweite imperialistische Weltkrieg *noch unbeendet* sei (S.16), ansonsten ist die Redundanz der Argumentation und der belehrende Stil des *Kampfbundes* sowie auf politischer Ebene das starke Hervortreten des Elements der *Entlarvung* von Sozialdemokratie und Stalinismus für die Wahltaaktik auffällig – das *zweite Element*, nämlich die Möglichkeit, gemeinsame *Kampferfahrungen* mit reformistisch gesinnten Arbeiter/inne/n machen zu wollen, tritt demgegenüber völlig in den Hintergrund.

Trotz der *Kampfbund-orthodoxen* Sprache markiert die Broschüre doch den Versuch, sich zeitgemäßen Themen zu öffnen und nach dem Tod von Josef Frey die Palette der in der *Schriftenreihe* behandelten Themen vorsichtig zu erweitern. Das traf auch auf die zwölften Ausgabe zu, die allerdings erst vier Jahre später, 1964, erschien.

Zum 75. Jahrestag der Gründung der Sozialdemokratie in Hainfeld (1888/1889) erschien die zwölfte Ausgabe der *Schriftenreihe*, datiert mit 1.4.1964 und unterzeichnet mit A.S. Für sie gilt im Wesentlichen dasselbe wie für die vorhergehende Nummer – dass der *Kampfbund* bzw. die *Proletarische Vereinigung* versuchten, sich thematisch zu öffnen, gleichzeitig aber die Basis des spezifischen Verständnisses von Politik beizubehalten. Breit wird die Geschichte der SPÖ, der *Judaspartei*, aufgerollt und – wie schon 1960 – auch 1964 wieder darauf verwiesen, dass der Zweite Weltkrieg noch immer nicht beendet sei (S.6).

Sicherlich um den politischen Verfall der Sozialdemokratie besonders drastisch zu zeichnen, wird die Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie vor 1914 eher weichgezeichnet, das große Thema ist und bleibt aber der politische Verrat der Sozialdemokratie seit 1914 – 75 Jahre SPÖ, davon "50 Jahre des elendsten, immer fürchterlicheren unheilbaren Verrats". (S.11)

Abschließend legte der *Kampfbund* sein Verständnis von politischer Arbeit dar. Diese Zeilen stellen eine recht gute Zusammenfassung seiner politischen Grundlagen dar (und sie zeigen auch, dass der *Kampfbund* trotz allem die *Klassenlinie* nicht verlassen hat und sich seinen proletarisch-revolutionären Grundcharakter beibehalten konnte). Deshalb wollen wir sie hier zur Gänze zitieren.

Gerade weil viele trotz aller Verrätereien auf eine Gesundung der SP hoffen würden, weil viele noch Illusionen hätten, sei "es eine **Hauptaufgabe** der ehrlichen proletarischen Revolutionäre, andere Arbeiter, Angestellte **aufzuklären** über das Judaswesen der SP – und erst recht über die Verratsnatur der KP! Nur die geduldige, beharrliche **Entlarvung** der schwindelsozialistischen und schwindelkommunistischen Partei an Hand der Erfahrungen des Klassenkampfes vermag zu überzeugen: dass diese Parteien für den ernsten Kampf gegen die Bourgeoisie, für den revolutionären Arbeiterkampf längst **unrettbar** verloren sind, die SPÖ seit 1914, die KP seit 1933, dass die Arbeiterklasse, die Massen, für den siegreichen proletarischen Klassenkampf unumgänglich eine konsequente, zielklare **Führungsorganisation** brauchen: dass die Arbeiter, Angestellten als **ersten Schritt** dazu brechen müssen mit SP und KP, um sich zu **schaffen** jene Klassenorganisation, die **wahre** Arbeiterpartei!"

Diese muss **neu** aufgebaut werden – als Partei der **proletarischen Demokratie**. Denn diese allein liefert die nötigen Garantien gegen jegliche bürokratische Entartung!

*Nur die proletarische Demokratie sichert die bestimmende und kontrollierende Rolle der Parteimitglieder, deren **Diener** die Parteibeamten sein müssen und bleiben!*

*Sicher, der Aufbau dieser proletarischen Klassenpartei ist heute eine sehr schwierige Aufgabe, die Überzeugung, Ernst, Ausdauer und geistige Anstrengung erfordert. Jammern, das hilft den Arbeitern, Angestellten nicht. Auf die SP,KP schimpfen, das genügt nicht, so gerechtfertigt es auch ist. Es bedarf festen, konsequenten **Handelns** auf der richtigen, der proletarischen Klassenlinie!*

*In der **heutigen** Lage ist das vor allem die Aufgabe der vorgeschriftenen, klassenbewussten Elemente des Proletariats. Den konkreten Bedingungen angepasst, müssen sie heute immer im Rahmen der Klassengrundsätze der Arbeiterschaft die proletarischrevolutionäre Arbeit im kleinen, kleinsten Maßstab, **Kernarbeit** leisten. Studium und Praxis der proletarischrevolutionären Politik, Strategie und Taktik müssen dabei Hand in Hand gehen. Die eigene, stets höhere Qualifizierung ist unumgängliche Voraussetzung, um neue, vor allem junge, von SP, KP, Gewerkschaftsbürokratie nicht verworrene Elemente für den konsequenten Arbeiterkampf zu gewinnen.*

*Aller Anfang ist schwer! Das gilt auch für die Arbeit der ehrlichen proletarischen Revolutionäre! Der Massenaufschwung wird kommen! Doch die unumgängliche geistige, organisatorische **Vorarbeit** für die **neue** proletarische Klassenpartei muss jetzt schon in Angriff genommen werden, vor sich gehen. Damit diese Partei der proletarischen Demokratie möglichst rechtzeitig aufgebaut werde als konsequente proletarische **Führung** des Massenaufschwungs.*

Diese allein vermag die revolutionären Anstrengungen der Massen auf die einzige richtige, die proletarisch-revolutionäre Bahn zu leiten, den proletarischrevolutionären Massenkampf siegreich zu lenken:

*Zum **Sturz** der Kapitalistenklasse.*

Zum Aufrichten der proletarischdemokratischen Herrschaft; in Staat und Wirtschaft müssen bestimmen und kontrollieren die Arbeiter, Angestellten, Kleinbauern, Kleinbürger, diese ungeheure Volksmehrheit unter Führung der Arbeiterklasse.

Zum Festigen, Ausbauen der proletarischdemokratischen Staatsmacht, die allein das Tor öffnet zum wahren Weltsozialismus, letzten Endes zur klassenlosen, staatenlosen, parteilosen, brüderlichen Weltgenossenschaft aller Menschen ohne Unterschied!" (S.14)

Nr.13 Leo Trotzki: Die Gewerkschaften in der Epoche des totalitären Monopolkapitalismus [ca. 1972/1973]

Mit der 13. und letzten, undatierten, auch nicht mehr mit *Proletarische Vereinigung Österreichs* unterzeichneten, aber noch in den letzten Jahren der Illegalität in den frühen 1970er Jahren erschienenen Broschüre beendete der *Kampfbund* seine *Schriftenreihe*. Sie war auch schon ein Element der Neuorientierung des *Kampfbundes* ab Ende der 1960er / Anfang der 1970er Jahre, die 1976 mit dem Übertritt eines großen Teils der aktiveren und der jüngeren Mitglieder zur neugegründeten *Internationalen Kommunistischen Liga* (IKL) abgeschlossen werden sollte. Dass dazu ein Text von Leo Trotzki, nämlich *Die Gewerkschaften in der Epoche des totalitären Monopolkapitalismus* gewählt wurde, war sicher alles andere als zu-

fällig: Denn mit der Publikation eines Trotzki-Textes signalisierte der *Kampfbund*, dass er bereit war, sich in den breiteren Strom der Kräfte zu integrieren, die sich für einen Wiederaufbau der Vierten Internationale engagierten. Mit der Publikation dieses Trotzki-Textes sollte der *Kampfbund* auch nicht allein bleiben: Auch der *Verband Marxistischer Arbeiterjugend* (VMA), der zum Teil 1976 ebenfalls in der IKL aufging, sollte ihn 1975 nachdrucken. Diese zeitlich ähnlich gelagerten Publikationen mögen auch als Symbol dafür gelten, dass der *Kampfbund* letztlich auch seine exklusive Sonderexistenz am Rande der trotzkistischen Bewegung zur Disposition zu stellen bereit war und überwinden wollte.

* * *

Unser besonderer Dank gilt Genossen Günter Schneider. Die Überlassung eines Teiles des Archivs des *Kampfbundes* hat diese Publikation maßgeblich erleichtert, ja überhaupt erst ermöglicht. Keine einzige der hier dokumentierten 13 Ausgaben der *Schriftenreihe der Proletarischen Vereinigung Österreichs* mit immerhin 294 Seiten (davon 192 Seiten A5 und 102 Seiten A4) ist bisher einem breiteren Teil der linken Öffentlichkeit zugänglich gewesen, keine einzige Ausgabe war bisher quellenmä-

ßig und archivalisch erfasst. Die Publikation schließt damit auch eine Lücke in der Dokumentation des österreichischen Trotzkismus nach 1945.

Viele Fragen konnten hier nur angerissen werden. Für eine intensivere Auseinandersetzung verweisen wir abschließend auf die im Frühjahr 2012 erschienene zweibändige *Marxismus*-Ausgabe zur Geschichte des österreichischen Trotzkismus, in der sich auch eine intensive Auseinandersetzung mit dem *Kampfbund* befindet.

Wien, am 22.8.2022